



Newsletter Nr. 28

November 2014

Liebe DBFG-Mitglieder,

In den letzten Tagen ist in Burkina Faso viel passiert. Der ehemalige Präsident Blaise Compaoré versuchte, durch eine Änderung der Verfassung eine weitere Amtszeit zu erreichen. Große Teile der Bevölkerung waren damit nicht einverstanden. Es kam zu Massendemonstrationen, die zuerst dazu führten, dass der Antrag auf Verfassungsänderung zurückgezogen wurde. Das war der Bevölkerung nicht genug. Die Demonstrationen gingen weiter, bis endlich Blaise Compaoré seinen Rücktritt erklärte.

Zuerst erklärte sich der Militärführer General Honoré Traoré zum Staatschef. Das stieß bei der Bevölkerung auf keine großen Sympathien, galt er doch als Vertrauter Compaorés. Wenige Stunden später – war das ein Machtkampf innerhalb des Militärs? – wurde dann der unbekannt Leutnant Isaac Zida vom Militär in dieses Amt gehoben. Isaac Zida war Vizechef der Präsidentengarde. Hat er damit den notwendigen Abstand zu Compaoré? Und was hat er vor? Von den 90 Tagen, innerhalb derer nach Traorés Plan ein neuer Präsident gewählt werden sollte, sprach er nicht mehr. Die Verfassung ist außer Kraft gesetzt.

Compaoré ist zwar nun mit seinen wichtigsten Vertrauten in der Elfenbeinküste, aber seine Netzwerke in BF dürften zum großen Teil weiter bestehen. Und sein zusammengerafftes Vermögen ist irgendwo, nur nicht in BF sicher angelegt.

Wenn Compaoré weg ist, ist dann auch das „System Compaoré“ weg?

Erich Fromm unterscheidet in seinem lesenswerten Buch „Die Furcht vor der Freiheit“ zwischen der Freiheit von und der Freiheit für. Wurde in BF mehr erreicht als die Freiheit von, wurde sie überhaupt erreicht?

Es bleiben zu viele Fragen. Wie werden sie in den nächsten Tagen, Wochen oder Monaten beantwortet?

Zweifelsohne haben viele Burkinabé in den letzten Tagen großen Mut gezeigt, haben mit Ausdauer und Phantasie Compaoré in seine Schranken verwiesen und seinen Rücktritt erreicht. Dass die ursprünglich sehr friedlich begonnene Revolution von Einigen missbraucht wurde, ihrer Zerstörungslust freien Lauf zu lassen oder alte Rechnungen, die mit dem Anlass der Demonstrationen nichts zu tun hatten, zu begleichen, ist ein trauriges Nebenergebnis. Möge dieses Aufbegehren der Burkinabé trotzdem zu einem demokratischen Neuanfang führen.

Voll Trauer gedenken wir der Toten und wünschen den Verletzten, dass sie schnell genesen mögen.

Während wir diesen Newsletter zusammenstellen, kann sich vieles ereignen. Vielleicht werden wir das Vorwort umschreiben oder zumindest ergänzen müssen. Wir wollen Ihnen die wichtigsten Informationen, die wir zu diesen ereignisreichen Tagen haben, weitergeben und Sie über den Ablauf der Revolte (ist das das richtige Wort?) möglichst umfassend informieren.

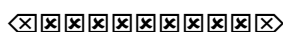
Ihr
Christoph Straub,
Vorsitzender der DBFG

BurkinaFaso: Schulen in Burkina Faso schließen aus Sorge vor

Protesten eine Woche

Ouagadougou (AFP) Aufgrund erwarteter Proteste von Schülern und Studenten gegen eine geplante Verfassungsänderung bleiben in Burkina Faso in der kommenden Woche die Schulen und Universitäten geschlossen. Die Bildungsbehörden des westafrikanischen Staates kündigten die landesweit geltende Maßnahme am Sonntag an. Das Parlament in der Hauptstadt Ouagadougou befasst sich am Donnerstag mit dem Antrag auf eine Verfassungsänderung, die dem seit 1987 amtierenden Staatspräsidenten Blaise Compaoré bei der Präsidentschaftswahl 2015 eine erneute Kandidatur ermöglichen würde.

Quelle: Die Zeit online vom 26.10.14



Massenproteste in Burkina Faso

„Bürgerbesen“ gegen den Präsidenten

Präsident Blaise Compaoré, seit 1987 an der Macht, will nächstes Jahr erneut wiedergewählt werden. Das stößt auf heftigen Widerstand.



Keine lebenslange Macht“: Jugendprotest in Ouagadougou am 27. Oktober. Bild: reuters

BERLIN taz | Von einer Million Demonstranten sprach die Opposition, und Fotos aus der Hauptstadt Ouagadougou zeigen Menschenmengen bis an den Horizont. In Burkina Faso demonstrierte am Dienstag eine breite Protestbewegung ihre Stärke gegenüber Staatschef Blaise Compaoré. Das Bestreben des langjährigen Präsidenten, bei den Wahlen 2015 erneut anzutreten, stößt auf heftigen Gegenwind – und das wird in zahlreichen afrikanischen Ländern aufmerksam verfolgt.

Anlass der Proteste ist das Vorhaben, am Donnerstag im Parlament eine Verfassungsänderung zu verabschieden, die die Zahl der erlaubten gewählten Amtszeiten des Präsidenten von zwei auf drei erhöht. Laut Verfassung ist eine solche Änderung per Volksabstimmung oder mit Dreiviertelmehrheit im Parlament möglich. Präsident Compaorés Kongress für Demokratie und Fortschritt (CDP) hält zwar nur 70 der 126 Sitze, kann aber eventuell auf Teile der parlamentarischen Opposition zählen.

Umso größer ist die Empörung der außerparlamentarischen Opposition. Sie hat sich in einer Bewegung „Bürgerbesen“ (Balai Citoyen) zusammengeschlossen und nimmt sich ein Vorbild an der Protestbewegung „Es reicht“ (Y'en a marre), die 2011 im Senegal Präsident Abdoulaye Wade zwar nicht an einer erneuten Kandidatur hinderte, aber zu seiner Wahlniederlage beitrug und Wahlbetrug unmöglich machte.

Burkina Fasos Hauptstadt Ouagadougou ist ebenso voller unterbeschäftigter und frustrierter

Jugendlicher wie Senegals Hauptstadt Dakar, und auch hier können kraftvolle Worte junger Rapper viel bewirken. Zumal ist in Burkina Faso das fortschrittliche Erbe des Revolutionärs Thomas Sankara, der 1987 nach vier Jahren an der Macht von Compaoré gestürzt und getötet wurde, lebendig.

Spekulation über Drohungen

„Das Fieber steigt – und jeden Moment kann es explodieren“, warnte der Anführer der Protestbewegung, Zephirin Diabré, bereits vor einer Woche. Er kündigte eine „Woche des zivilen Ungehorsams“ an und warnte vor „anderen Kampfformen“.

Was die sein könnten, darüber gibt es viele Spekulationen. Der Besen als Symbol der Erneuerung wurde in Westafrika durch den Militärputsch von General Robert Guéi in der Elfenbeinküste 1999 bekannt – ein Putsch, der ein Jahrzehnt des Bürgerkrieges einläutete. „Also, diesen Vergleich vertiefe ich nicht“, sagte „Besenbürger“-Anführer und Rapper Sam’K Le Jah jetzt in einem Interview. „Für uns steht der Besen für Sauberkeit.“

Die Proteste am Dienstag blieben größtenteils friedlich. Die Polizei setzte zwar in Ouagadougou vereinzelt Tränengas ein, und in der zweitgrößten Stadt des Landes, Bobo Dioulasso, wurde ein Compaoré-Denkmal zu Fall gebracht. Aber massive Unruhen gab es nicht. Dafür teils derben Sprachwitz, zum Beispiel die virus-inspirierte Verballhornung des Vornamens des Präsidenten in „Ebolaise“.

Blaise Compaoré ist klug genug, um keine Eskalation zu provozieren. Heute ist Burkina Faso ein Land, in dem die Regierungszeitung *Sidwaya* einerseits zum Protesttag in großer Aufmachung die Zustimmung der „Verbandsvereinigung für Frieden und Fortschritt mit Blaise Compaoré“ zur Verfassungsänderung vermeldet, andererseits aber den Demonstrationsaufruf der Opposition veröffentlicht.

Dennoch herrscht Sorge, was passiert, sollte die Verfassungsänderung durchkommen. Die Schulen des Landes sind bereits geschlossen. Die Zeitung *L’Observateur* druckt „Überlebensstips“: Lebensmittelvorräte anlegen und volltanken.

Quelle: Dominic Johnson in taz.de vom 29.10.14

⊗⊗⊗⊗⊗⊗⊗⊗⊗⊗

Protest gegen weitere Amtszeit des Präsidenten, Parlament in Ouagadougou gestürmt



In Burkina Faso eskaliert der Protest gegen eine mögliche weitere Amtszeit des seit 27 Jahren regierenden Präsidenten Blaise Compaoré. In der Hauptstadt Ouagadougou durchbrachen Tausende Demonstranten laut Augenzeugenberichten die Polizeiabsperungen und drangen in das Parlament vor. Sicherheitskräfte versuchten zunächst, die Menge mit Warnschüssen in die Luft aufzuhalten. Als das nicht gelang, flohen sie. Nach dem Eindringen der Demonstranten stiegen dunkle Rauchwolken aus dem Parlamentsgebäude auf.

Als weitere Demonstranten in Richtung des Amtssitz des Ministerpräsidenten zogen, wurden sie von einem Polizeiubschrauber aus mit Tränengas beschossen. Parallel zur Erstürmung des Parlaments drangen Demonstranten auch in das Gebäude des staatlichen

Fernsehens ein und verwüsteten es. Soldaten gelang es nicht, die wütende Menschenmenge mit Warnschüssen aufzuhalten. Nachdem die Regierungsgegner das Fernsehgebäude besetzt hatten, wurde der Sendebetrieb eingestellt.

Abstimmung im Parlament ausgesetzt

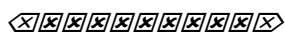
Im Parlament sollten die Abgeordneten heute über ein Gesetz abstimmen, das Compaoré im kommenden Jahr den Weg zu einer erneuten Präsidentschaftskandidatur ebnet soll.

Angesichts der heftigen Proteste zog die Regierung die umstrittene Abstimmung nach der Erstürmung des Parlaments vorerst zurück. Kommunikationsminister Alain Edouard Traoré sagte der Nachrichtenagentur AFP, die Abstimmung sei "annulliert".

Gemäß der derzeit gültigen Verfassung dürfte er sich nach Ablauf der aktuellen Amtsperiode nicht erneut zur Wahl stellen. Compaoré hatte sich 1987 an die Macht geputscht. Seit 1991 wurde er vier Mal im Amt bestätigt. Er strebt an, sich 2015 um ein weiteres fünfjähriges Mandat zu bewerben.

Die Opposition und große Teile der Bevölkerung lehnen eine erneute Kandidatur Compaorés ab. Bereits am 21. Oktober, als der Antrag auf Verfassungsänderung offiziell angekündigt wurde, hatten wütende Demonstranten auf den Straßen der Hauptstadt Reifen angezündet. Am Freitag boykottierten zahlreiche Oberschüler den Unterricht, um auf den Straßen zu protestieren. Sie legten weite Teile von Ouagadougou lahm. Aufgrund erwarteter Proteste von Schülern und Studenten gegen die geplante Verfassungsänderung sind diese Woche in Burkina Faso die Schulen und Universitäten geschlossen. Rund 60 Prozent der 17 Millionen Einwohner des Landes sind jünger als 25 Jahre.

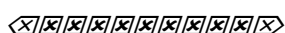
Quelle: tagesschau.de vom 30.10.14



UNO schickt Sondergesandten nach Burkina Faso

New York (AFP) Wegen der schweren politischen Krise in Burkina Faso hat UN-Generalsekretär Ban Ki Moon einen Sondergesandten in das westafrikanische Land geschickt. Der Sondergesandte für Westafrika, Mohamed Ibn Chambas, werde am Freitag in Burkina Faso sein, teilte ein UN-Sprecher in New York am Donnerstag mit. Ban verfolge die Verschlechterung der Sicherheitslage in Burkina Faso "mit großer Sorge". Der Generalsekretär rufe alle Beteiligten zu einem Ende der Gewalt auf und fordere, die Probleme des Landes auf dem Wege des Dialogs zu lösen.

Quelle: Die Zeit online vom 30.10.14



Burkina Faso: Demonstranten setzen Parlament in Ouagadougou in Brand

Das Parlament in Flammen, die Büros des nationalen TV-Senders geplündert: Mit Gewalt haben Gegner des Präsidenten Compaoré eine Verfassungsänderung vorerst verhindert.

In Burkina Faso haben Hunderte Demonstranten aus Protest gegen eine weitere Amtszeit von Präsident Blaise Compaoré das Parlament gestürmt und Feuer gelegt. Vor einer Abstimmung über eine entsprechende Verfassungsänderung drangen sie in das Gebäude der Nationalversammlung in Ouagadougou ein, verwüsteten Büros, setzten Akten und Autos im Innenhof in Brand und schlepten Computer fort. Der Parlamentssitz war von Rauch umhüllt, ein Helikopter überflog das Gebäude.

Sicherheitskräfte hatten zunächst versucht, die Demonstranten mit Tränengas zurückzudrängen, dann traten sie selbst den Rückzug an. Die aufgebrachten Demonstranten schrien: "Befreit Kosyam." Kosyam ist der Name des Präsidentensitzes.

Die Opposition hatte ihre Anhänger schon seit Tagen aufgerufen, zur Nationalversammlung zu marschieren. Nach der Erstürmung des Parlamentsgebäudes rückten die Demonstranten auch auf den Sitz des nationalen Fernsehsenders vor.

Abstimmung über Verfassungsänderung vertagt

Das Büro des Ministerpräsidenten teilte mit, dass die Abstimmung verschoben sei. Die

Demonstrationen gingen aber weiter. Tausende waren in Ouagadougou auf den Straßen. Mehrere Gebäude wurden in Brand gesteckt, die Büros des nationalen Fernsehsenders wurden geplündert. Dieser und auch das staatliche Radio stellten den Sendebetrieb ein.



Vor dem Parlament in Ouagadougou © Issouf Sanogo/AFP/Getty Image

Abstimmung über Verfassungsänderung vertagt

Das Büro des Ministerpräsidenten teilte mit, dass die Abstimmung verschoben sei. Die Demonstrationen gingen aber weiter. Tausende waren in Ouagadougou auf den Straßen. Mehrere Gebäude wurden in Brand gesteckt, die Büros des nationalen Fernsehsenders wurden geplündert. Dieser und auch das staatliche Radio stellten den Sendebetrieb ein.

Aus dem Parlamentsgebäude schlugen Flammen. Viele Abgeordnete flüchteten in ein nahe gelegenes Hotel. "Ich war drinnen, als die Demonstranten hineinstürmten", sagte der oppositionelle Abgeordnete Alassane Ouedraogo. "Jetzt ist es schwierig zu sagen, was als Nächstes passiert. Aber die Lage ist außer Kontrolle und die Demonstranten hören auf niemanden." Auch Häuser von Ministern wurden attackiert und in Bobo Dioulasso, der zweitgrößten Stadt des Landes, kam es zu Plünderungen, wie Augenzeugen berichteten.

Militär verhandelt

Das Militär versuchte zunächst in Verhandlungen, die Ruhe wieder herzustellen. Generäle trafen sich mit dem einflussreichen Führer der größten ethnischen Gruppe des Landes, den Mossi, um ein Ende der Unruhen auszuhandeln, wie ein Sprecher der Regierungspartei erklärte.

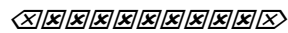
In dem westafrikanischen Staat, der unter Compaoré als vergleichsweise stabil galt, hatten sich die Spannungen in den vergangenen Monaten immer mehr aufgebaut. Die Demonstranten fordern, dass der Staatschef, der bei einem Putsch im Jahr 1987 die Macht übernahm und seitdem viermal wiedergewählt wurde, sein Amt abgibt. Die geplante Verfassungsänderung hingegen würde eine Kandidatur für eine weitere fünfjährige Amtszeit im nächsten Jahr ermöglichen. Die EU hatte die Regierung aufgerufen, die Verfassung nicht zu ändern, weil dies den demokratischen Prozess gefährde.

Die USA zeigten sich besorgt über die Unruhen. "Wir glauben, dass demokratische Institutionen gestärkt werden, wenn die etablierten Regeln beständig befolgt werden", hieß es in einer Stellungnahme aus dem Weißen Haus.

Compaoré galt nach seiner Machtergreifung als Staatschef, der sich in der gesamten Region politisch betätigte – nicht immer zum Wohlgefallen der Nachbarstaaten. Der Präsident machte nie einen Hehl aus seiner Unterstützung für den Rebellenführer und späteren Präsidenten Liberias, Charles Taylor, und wurde auch beschuldigt, Aufstände in der Elfenbeinküste und in Angola unterstützt zu haben. In den vergangenen Jahren versuchte er aber auch, bei Wahlstreitigkeiten zu vermitteln und Geiselfreilassungen auszuhandeln.

Zuletzt war die Regierung Burkina Fasos an den Verhandlungen zur Freilassung mehrerer europäischer Geiseln im Norden Malis beteiligt. Compaoré war auch Gastgeber der Friedensgespräche zwischen der malischen Regierung und den Tuareg.

Quelle: Die Zeit online vom 30.10.14



Massenproteste in Burkina Faso: Parlament in Flammen, Schüsse auf den Straßen



AFP

Der Widerstand gegen Präsident Compaoré wächst: Demonstranten setzen in Burkina Faso das Parlament in Brand. In einem Brief an SPIEGEL ONLINE beschreibt eine deutsche Entwicklungshelferin die verzweifelte Lage.

Seit Tagen gehen im westafrikanischen Burkina Faso Hunderttausende Menschen auf die Straße. Sie demonstrieren gegen eine Verfassungsänderung, die Präsident Blaise Compaoré bis zu drei weitere Amtszeiten garantieren soll. Am Vormittag wollte das Parlament in Ouagadougou über die Reformvorschläge abstimmen. Kurz vor der Sitzung stürmten Demonstranten das Parlament und setzten es in Brand. Die Polizei schießt mit scharfer Munition. Die Abstimmung wurde inzwischen vertagt. Internet, Fernsehen und SMS-Dienste wurden abgestellt. Die Lage ist extrem brenzlich.

SPIEGEL ONLINE erreichte ein Brief von Kristina Rauland-Yambré, 36, einer deutschen Entwicklungshelferin. Sie arbeitet seit neun Jahren für eine humanitäre Organisation in Burkina Faso und koordiniert Projekte zur kostenlosen Gesundheitsversorgung für Mütter und Kinder.

Lesen Sie Auszüge:

Liebe Freunde,

das burkinische Volk schreibt Geschichte. Es erhebt sich gegen das, was es als Willkür empfindet.

Wenn die Bewegung Erfolg hat, wäre das ein Signal für alle Machthaber in Afrika, die ähnliche Projekte zum verfassungswidrigen Machterhalt haben. Sogar die eher regierungstreuen Zeitungen stellten fest, dass es sich beim Widerstand gegen die Verfassungsänderung nicht um eine Bewegung einiger Oppositioneller, sondern um den Willen eines ganzen Volkes handelt.

Die Burkiner sind weiterhin sehr besorgt über den Ausgang dieses Kampfes. Aber sie sind auch unglaublich stolz. Wir sind eben doch das "Land der aufrechten Menschen" (Bedeutung von Burkina Faso in der Landessprache).

Ich persönlich war nicht demonstrieren. Wir waren zuhause und hingen am Internet. Am Montag habe ich die Bedeutung der sozialen Netzwerke wirklich schätzen gelernt. Bilder der Menschenmassen verbreiteten sich rasend schnell, auch das Bild von dem Denkmal des Präsidenten, das von seinem Sockel gestoßen wurde. Das hat auch dazu beigetragen, dass die Bewegung nicht mehr klein geredet werden konnte.

Heute ist der Tag der Abstimmung im Parlament. Die Abgeordneten befinden sich seit Montagnachmittag "interniert" in einem Hotel direkt neben der Nationalversammlung. Gerüchten zufolge werden sie unter Druck gesetzt und sollen auch Unsummen von Geld erhalten haben.

Leider ist davon auszugehen, dass es heute nicht bei friedlichen Demonstrationen bleibt. Der Oppositionsführer hat die Bevölkerung dazu aufgerufen, von ihrem Recht auf Teilnahme an der öffentlichen Sitzung Gebrauch zu machen. Seit gestern Nachmittag ist allerdings das Viertel um die Nationalversammlung militärisch abgeriegelt. Die Menschen sind entschlossen, trotzdem die Abgeordneten an der Abstimmung zu hindern. Denn dass die Mehrheit gegen die Verfassungsänderung stimmt, gilt als unwahrscheinlich.

Die Zeichen stehen also heute nicht mehr auf friedlichem Widerstand. Besonders nach der Bekanntgabe des Ergebnisses wird mit schweren Ausschreitungen gerechnet.

Auch heute werde ich sicher zuhause bleiben. Wir haben Vorräte für ein paar Tage. Hunderttausende andere Menschen, die wie ich Kinder haben, werden auf der Straße sein. Mein Mann will auch demonstrieren. Ich bin jetzt schon stolz auf sie alle, habe jedoch auch Angst. Alle, die auf die Straße gehen, sehen das als ihre Pflicht an. Mein Kollege sagte mir, dass sein Sohn ihn gefragt habe, warum er auf die Straße gehe, das sei doch gefährlich. Seine Antwort: 'Weil du mich sonst in ein paar Jahren fragen würdest, Papa, warum bist du damals nicht auf die Straße gegangen?'

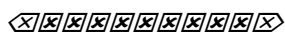
Heute kann ich die Geschehnisse nicht im Internet verfolgen. Es ist allem Anschein nach abgeschaltet. Auch SMS können nicht gesendet werden. Ich hoffe, dieser Brief erreicht euch trotzdem.

Kristina

Compaoré, 63, regiert das "Land der aufrechten Menschen" seit nahezu drei Jahrzehnten. Der Armeehauptmann kam 1987 durch einen Staatsstreich an die Macht und soll an der Ermordung seines Vorgängers und langjährigen Weggefährten Thomas Sankara beteiligt gewesen sein. Nun will er wie so viele seiner Amtskollegen in Afrika ad infinitum weiterregieren: Die geplante Verfassungsreform würde ihm bei der nächsten Präsidentschaftswahl 2015 eine erneute Kandidatur ermöglichen.

Doch sein Volk will den Dauerherrscher nicht mehr. Es beteiligt sich massenhaft an der Protestwoche, die die Opposition ausgerufen hat. Die Demonstranten bezichtigen den Staatschef der Selbstbereicherung, [Korruption](#) und Misswirtschaft. Sie nennen ihn jetzt abschätzig "Ebolaïse Compaoré" - eine Anspielung auf die in Westafrika grassierende [Ebola](#)-Epidemie.

Quelle: Bartholomäus Grill und Lisa Erdmann in Spiegel online vom 30.10.14



Militärputsch: Präsident von Burkina Faso lehnt Rücktritt ab

Trotz der Massenproteste gegen seine Regierung will Staatschef Compaoré an der Macht bleiben. Zuvor hatte das Militär die Absetzung des Kabinetts verkündet.



Demonstranten besetzen den staatlichen Fernsehsender in Ouagadougou, der Hauptstadt Burkina Fasos. © REUTERS/Joe Penney

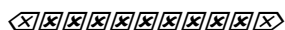
Der Präsident von Burkina Faso hat sich nach den gewaltsamen Protesten in seinem Land jeglichen Rücktrittsforderungen widersetzt. Er werde an der Macht bleiben und an der Spitze einer Übergangsregierung stehen, bis Wahlen stattgefunden hätten, sagte Staatschef Blaise Compaoré am Donnerstagabend im Fernsehen. "Ich habe die Botschaft erhalten, ich habe sie verstanden, und ich erkenne den großen Wunsch nach Veränderung." Am Ende einer Übergangszeit werde er die Macht an einen demokratisch gewählten Präsidenten übergeben, sagte Compaoré.

Oppositionsführer Bénéwendé Sankara sagte, der Amtsverzicht des Präsidenten sei "nicht verhandelbar". Nach Ausschreitungen bei Protesten gegen den Präsidenten hatten die Streitkräfte des westafrikanischen Landes die Einsetzung einer Übergangsregierung angekündigt. Zudem werde das Parlament aufgelöst, der Ausnahmezustand ausgerufen und eine nächtliche Ausgangssperre erlassen, erklärte General Honoré Traoré.

Demonstranten in Ougadougou hatten zuvor das Parlament gestürmt und im Plenum Feuer gelegt. Bei den Protesten wurden nach Angaben der Opposition rund 30 Menschen getötet, außerdem sollen mehr als 100 Menschen Verletzungen erlitten haben.

Die Demonstranten wollten mit ihrem Angriff auf das Parlament verhindern, dass die Abgeordneten den Weg für eine fünfte Amtszeit Compaorés frei machen, der seit einem Putsch gegen den sozialistischen Thomas Sankara im Jahr 1987 in Burkina Faso regiert. Die Abstimmung über eine entsprechende Verfassungsänderung wurde verschoben, die Demonstrationen gingen aber weiter. Tausende waren in der Hauptstadt Ouagadougou auf den Straßen. Mehrere Gebäude wurden in Brand gesteckt, die Büros des nationalen Fernsehsenders wurden geplündert.

Quelle: Die Zeit online vom 31.10.14



Unruhen wegen Verfassungsänderung, Burkina Fasos Präsident gibt auf

Der Präsident des westafrikanischen Staats Burkina Faso, Blaise Compaoré, ist zurückgetreten. Der 63-Jährige war seit 27 Jahren im Amt gewesen. Armeechef Honoré Traoré erklärte, er habe jetzt die Macht in dem Staat übernommen.

Compaoré wiederum ließ im TV verlesen, er sei überzeugt, seine Pflichten erfüllt zu haben

und trete "im obersten Interesse des Landes" zurück. Um "die demokratischen Errungenschaften und den sozialen Frieden" zu erhalten, gebe er ein "Machtvakuum" bekannt. Dies solle erst zu einer Übergangszeit und dann nach spätestens 90 Tagen zu freien Wahlen führen. Compaorés Aufenthaltsort ist unbekannt. In Medienberichten hieß es, er sei in einem bewaffneten Konvoi zur Grenze nach Ghana unterwegs.



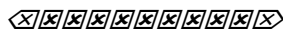
Blaise Compaoré regierte das Land seit 1987.

Compaoré wiederum ließ im TV verlesen, er sei überzeugt, seine Pflichten erfüllt zu haben und trete "im obersten Interesse des Landes" zurück. Um "die demokratischen Errungenschaften und den sozialen Frieden" zu erhalten, gebe er ein "Machtvakuum" bekannt. Dies solle erst zu einer Übergangszeit und dann nach spätestens 90 Tagen zu freien Wahlen führen. Compaorés Aufenthaltsort ist unbekannt. In Medienberichten hieß es, er sei in einem bewaffneten Konvoi zur Grenze nach Ghana unterwegs.

Die ehemalige Kolonialmacht Frankreich begrüßte den Rücktritt. Dies sei eine Möglichkeit, den Konflikt zu lösen. Präsident François Hollande erklärte, man werde die angestrebten Wahlen unterstützen. Frankreich hat in Burkina Faso einen wichtigen Militärstützpunkt. Dieser dient Spezialeinheiten als Basis für Einsätze in der Sahelzone.

Zuvor hatte Compaoré noch angekündigt, vorerst an der Macht zu bleiben und die Übergangsregierung bis nach einer Neuwahl zu führen. Das reichte seinen Gegnern nicht aus. Zu Zehntausenden demonstrierten sie erneut vor dem Präsidentenpalast für seinen Rücktritt. Sie blockierten auch einen zentralen Platz in der Hauptstadt und das Armeehauptquartier. Auch in anderen Landesteilen gab es Proteste.

Quelle: tagesschau.de vom 31.10.14



Burkina Faso: Präsident Compaoré tritt zurück

Blaise Compaoré hat nach eigenen Angaben sein Amt als Präsident niedergelegt. Er hatte Burkina Faso fast 30 Jahre lang regiert. Zehntausende forderten seinen Rücktritt.



Blaise Compaoré im Februar 2014 in Washington, D.C. © Jim Watson/AFP/Getty Images

Der Präsident des westafrikanischen Staates Burkina Faso, Blaise Compaoré, ist nach eigenen Angaben zurückgetreten. Dies gab er in einer im Fernsehen verlesenen Stellungnahme bekannt. Sprecher des Präsidenten und der Armee bestätigten den Rücktritt des 63-Jährigen. Innerhalb von 90 Tagen solle es Neuwahlen geben. Generalstabschef Honoré Traoré teilte mit, er habe mit sofortiger Wirkung "gemäß der Verfassung" das Amt des Staatsoberhauptes übernommen.

Compaoré regierte das westafrikanische Land seit einem Putsch vor fast drei Jahrzehnten. Er wollte zuletzt vom Parlament die Verfassung ändern lassen, um sich auch im nächsten Jahr erneut zur Wahl stellen zu können. Am Donnerstag hatte das Militär das Parlament aufgelöst und die Einsetzung einer Übergangsregierung angekündigt.

Compaoré sagte zuletzt, er wolle auf eine weitere Amtszeit verzichten und von der geplanten Verfassungsänderung absehen, so lange er bis zu den Wahlen im November 2015 einer Übergangsregierung vorstehe. Zehntausende Bewohner des Landes hatten in den letzten Tagen den Rücktritt Compaorés gefordert. Nach Angaben der Opposition waren bei gewaltsamen Demonstrationen mindestens 30 Menschen getötet und 100 weitere verletzt worden.

Quelle: Die Zeit online vom 31.10.14



Burkina Faso: Compaorés Macht reichte nicht für die Ewigkeit

Proteste zwangen den Präsidenten zum Rücktritt, die Armee übernimmt die Macht. Nun hat Burkina Faso die Chance auf Demokratisierung. Oder die Probleme beginnen von vorn.



Jubel in der Hauptstadt von Burkina Faso, Ouagadougou, nachdem Präsident Blaise Compaoré seinen Rücktritt angekündigt hat © Issouf Sanogo/AFP/Getty Images

Blaise, wie die Burkinabé ihren Präsidenten einfach beim Vornamen nannten, würde nicht freiwillig gehen – das war seit Jahren klar. Er konnte nicht genug bekommen von der Macht. Nun hat er alles verloren: Blaise Compaoré ist nach 27 Jahren zurückgetreten. Es ist ein historischer Tag für das kleine westafrikanische Binnenland.

Um sich für eine weitere Amtszeit wählen zu lassen, hätte Compaoré die Verfassung ändern müssen. Vor zehn Tagen brachte die Regierung eine entsprechende Gesetzesvorlage ins Parlament: Artikel 37 der Verfassung werde neu formuliert, statt zwei dürfe der Präsident dann in drei Amtszeiten gewählt werden. Wenn das Parlament dem Gesetz nicht zustimme, so war der Plan, sollte es ein Referendum geben.

Dieser Schritt war genau ein Schritt zu viel. Es folgten die schwersten Proteste in Burkina Faso seit Jahren, mehrere Menschen sind in den vergangenen Tagen auf den Straßen der

Hauptstadt Ouagadougou getötet worden. Innerhalb einer Woche überschlugen sich die Ereignisse. Angestaut hatte sich die Wut der Bevölkerung über Jahre. Das Volk wollte diesen Präsidenten nicht mehr haben, der im dicken Auto an den Bettlern vorbeifuhr. Der Staatsgelder verschwinden ließ, als wäre es das normalste der Welt. Und den die Demonstranten in Ouagadougou in den vergangenen Tagen als "Ebola Burkina Fasos" verhöhnten.

Trickreich, korrupt, brutal

Die Burkinabé sind, was ihren Präsidenten und seine Tricks zum Machterhalt betrifft, ein strapaziertes Volk. Und mit der angekündigten Abstimmung wären Gesetzesänderung und Machterhalt des Präsidenten so gut wie sicher gewesen. Die Regierungspartei Congrès pour la démocratie et le progrès (CDP) von Compaoré hat die absolute Mehrheit im Parlament, eine echte Opposition gibt es nicht.

Und selbst wenn es zum Referendum gekommen wäre: Den Mitteln der Manipulation sind in einem Land wie Burkina Faso kaum Grenzen gesetzt. Ressourcen und Infrastruktur im Land sind knapp, die Wenigsten haben Zugang zum Internet, gut zwei Drittel der Bevölkerung können nicht lesen und schreiben. Desinformation, Wahlgeschenke, Korruption – all das ist Alltag, manchmal Schlimmeres.

Schon Compaorés Machtergreifung: Er hatte seinen Vorgänger und bisherigen Freund Thomas Sankara am 15. Oktober 1987 ermorden lassen. Den sozialistischen Revolutionär, dem er selbst vier Jahre vorher ins Amt geholfen hatte. Sankara wird bis heute als Nationalheld verehrt, der das Land von korrupten Eliten befreien wollte. Compaoré putschte ihn weg und sich an die Macht.

Im Dezember 1998 geschieht ein weiterer Mord, den viele Compaorés Umfeld zuschreiben: Der Journalist Norbert Zongo, der Nachforschungen gegen einen Bruder Compaorés anstellte, wird erschossen aufgefunden. Eine unabhängige Untersuchungskommission kommt zu dem Schluss, dass Zongo wegen seiner Recherchen getötet wurde – die Anklage gegen Compaorés Bruder wird später fallen gelassen.

Zumindest der Stillstand ist überwunden

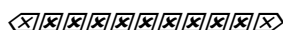
Von 1992 bis 2005 regierte Compaoré zwei Amtszeiten lang, nach einer Verfassungsänderung wurde er erneut für zwei Amtszeiten gewählt. Das System Compaoré schien unzerstörbar.

Dass das Volk ihn jetzt doch gestürzt hat, ist nicht nur ein Zeichen gegen Compaoré und seinen Anspruch auf lebenslangen Machterhalt – es ist ein symbolischer Akt für ein westafrikanisches Volk, dass die Mechanismen pseudodemokratischer Herrscher zu lange ertragen musste. Bereits 2011 hatten Proteste das Land destabilisiert, im Jahr 2012 ergab eine repräsentative Umfrage des Afrobarometers, dass 64 Prozent der Burkinabé der Ansicht sind, dass die demokratischen Standards in ihrem Land nur eingeschränkt bis überhaupt nicht erfüllt würden.

Auch wenn die Zukunft Burkina Fasos nun völlig ungewiss ist – der Stillstand ist überwunden und es ist Bewegung im Land. Im besten Fall könnten die jüngsten Ereignisse der Auftakt einer echten Demokratisierung sein.

In jedem Fall wird es dauern, bis das Land wieder zur Ruhe findet: Armeechef Nabéré Honoré Traoré hat die Macht übernommen. Er plant laut der französischen Tageszeitung *Libération* eine Rückkehr zur Normalität "innerhalb von zwölf Monaten". Das ist eine lange Zeit, in der auch er Gefallen an der Macht finden könnte. Und einen Armee-Funktionär, der Präsident wird, gab es in Burkina Faso schon einmal: Er hieß Blaise Compaoré.

Quelle: Simone Gaul in Die Zeit online vom 31.10.14



Burkina Faso "Das Militär ist wichtigste politische Kraft"

Andreas Mehler im Gespräch mit Jasper Barenberg

Trotz der breiten Mobilisierung der Bevölkerung habe das Militär in Burkina Faso eine ganz besondere Macht, sagte Andreas Mehler von GIGA Institut für Afrika-Studien im DLF-Interview. Symptomatisch sei, dass die existierende Opposition bisher nicht zu Wort gekommen sei. Die weitere Entwicklung sei sehr ungewiss.

Jasper Barenberg: Am Telefon begrüße ich Andreas Mehler, Afrikaexperte am GIGA German Institute of Global and Area Studies, schönen guten Tag nach Hamburg!

Andreas Mehler: Ja, guten Tag!

Barenberg: Wir haben es gerade gehört, es gibt diesen Machtkampf führender Militärs jetzt an der Spitze von Burkina Faso. Ein wie schlechtes Zeichen ist das?

Mehler: Ja, man muss einfach mal sehen, in Burkina Faso haben die Militärs eine ganz große Rolle historisch gespielt. Seit 1966 mit dem ersten Militärputsch waren praktisch nur Militärs an der Macht, selbst wenn zuletzt Blaise Compaoré sich mehrfach durch Wahlen auch legitimieren ließ. Es ist einfach so, dass das Militär vielleicht die wichtigste politische Kraft im Lande ist. Ich denke, es ist eben insofern auch noch mal symptomatisch, dass eben die politische Opposition, die es ja gibt, bisher in diesem ganzen Tumult keine besonders große Rolle spielt. Also man muss davon ausgehen, das Militär versucht wieder – in sich natürlich fraktioniert – die Geschicke des Landes in die Hand zu nehmen, weshalb man leider eben auch ein bisschen pessimistisch sein muss, ob das jetzt der große demokratische Aufbruch wird.



Oberstleutnant Yacouba Issaac Zida (links) spricht mit dem Anwalt Guy Herve Kam in einem Militärcamp.

"Eine breite Mobilisierung der Bevölkerung"

Barenberg: Pessimistisch muss man ein wenig sein, sagen Sie, heißt das auch, dass dieser Eindruck entstanden ist, dass da eine Bevölkerung aufsteht gegen einen Dauerherrscher, der ja auch seine Wurzeln im Militär hat, und einen Militärputsch, dass das nicht in der Lage sein wird, die Macht des Militärs, die Sie uns gerade geschildert haben, zu brechen?

Mehler: Also es ist ja so, im Unterschied zu den vorausgegangenen Militärputschen in Burkina geht diesmal eben diese breite Mobilisierung der Bevölkerung voraus, insofern haben wir da schon eine leichte Änderung, aber es ist eben die Frage, ob die Organisationskraft der politischen Parteien, die es eben gibt, groß genug ist, Gewerkschaften, diese Jugendbewegung, die jetzt eine große Rolle spielt, um mehr als punktuell die Geschicke des Landes zu beeinflussen. Da hätte ich meine Zweifel, man muss da schon eine etwas gesetzte Organisationsstruktur haben. Und insofern denke ich mal, das Militär ist am besten in sich organisiert, hat Hierarchien. Offensichtlich gibt es im Moment auch gegenläufige Kräfte innerhalb des Militärs, aber ich würde vermuten, es sind eben doch die Militärs, die es unter sich ausmachen.

Barenberg: Und das heißt auch, Sie würden sich auch schwertun, jetzt eine Voraussage zu treffen, wie dieser Machtkampf weitergehen wird, wie er ausgehen könnte?

Mehler: Das ist sicher zu früh. Es gibt noch andere gesellschaftliche Kräfte, die von Interesse wären. Es gibt den traditionellen König der Mossi in Moro Naba, der immer auch eine große Rolle gespielt hat in den Geschicken des Landes, der hat sich bis jetzt wohl noch

nicht zu Wort gemeldet. Es gibt sicher noch eine Reihe von anderen Akteuren, die eine Rolle spielen können. Man muss auch sehen, was die Nachbarländer tun. Offensichtlich ist Blaise Compaoré inzwischen nicht mehr in Ghana, sondern in der Côte d'Ivoire, in Yamoussoukro, und die Achse zwischen Burkina Faso und der Elfenbeinküste ist eine sehr wichtige gewesen in der Vergangenheit, also auch mal sehen, was dieses Nachbarland künftig unternimmt.

"Auch andere Länder haben Staatschefs mit quasi dynastischen Erfolgen"

Barenberg: Heißt das auch unterm Strich sozusagen, dass diejenigen, die jetzt schon einen Schwarzen Frühling in Analogie zum Arabischen Frühling ausrufen, Oppositionsbewegungen, die selbstbewusster geworden sind, die in der Lage sind, diese Dauerherrschaften in Afrika zu stoppen oder zu unterbrechen, dass all das ein bisschen verfrüht ist?

Mehler: Das ist vielleicht etwas früh, aber ich würde auch nicht ausschließen, dass es solche Effekte gibt. Wir haben eine Reihe von Situationen in anderen Ländern, die durchaus ein bisschen vergleichbar sind, wo eben auch die Frage im Raum steht, kann der Präsident noch einmal die Verfassung ändern, um noch einmal bei Wahlen anzutreten – Kabila, der Kongo ist ein gutes Beispiel –, aber eben auch andere Staatschefs werden es sich überlegen: Ich bin eben auch in etwa ähnlich lang an der Macht, vielleicht werde ich doch noch mal von der Straße weggefegt – also Kamerun, Togo und Gabun mit den dynastischen Erbfolgen, Kongo, Tschad. Es gibt eine Reihe von diesen Ländern, die vielleicht ähnliche Probleme haben und wo sich auch Bewegungen auf der Straße herausgefordert fühlen können von diesem Erfolg erst mal, wenn man so möchte, den alten Präsidenten vertrieben zu haben. Und insofern würde ich das doch nicht ausschließen, dass es solche Effekte gibt. Wie weit das trägt, muss man sehen.

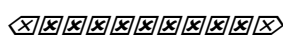
Wir haben vielleicht die Analogie zum Jahr 1990, wo wir so eine ähnliche flächendeckende Demokratiebewegung in Afrika unvorhergesehenerweise erlebt haben, wo es sehr viele weggespült hat von diesen Präsidenten – ähnliches könnte auch wieder passieren.

Barenberg: Sagt Andreas Mehler vom GIGA-Institut in Hamburg. Danke für Ihre Einschätzungen heute Mittag!

Mehler: Bitte, gerne!

Äußerungen unserer Gesprächspartner geben deren eigene Auffassungen wieder. Der Deutschlandfunk macht sich Äußerungen seiner Gesprächspartner in Interviews und Diskussionen nicht zu eigen.

Quelle: Deutschlandfunk vom 01.11.14



Burkina Faso: Neuer Machtkampf um Präsidentenamt

Nach dem Rücktritt von Präsident Blaise Compaoré steuert Burkina Faso in eine ungewisse politische Zukunft. Zwei Männer beanspruchen das Amt des Interimsstaatschefs für sich.



© AFP Ein Soldat in Burkina Faso bei der Verkündung des Rücktritts von Präsident Blaise Compaoré

In Burkina Faso zeichnet sich ein neuer Machtkampf ab: Der Vizechef der Präsidentengarde, Oberst Isaac Zida, beanspruchte am Samstag das Amt des Interimsstaatschefs für sich und stellte sich damit gegen Militärchef Honoré Traoré. Zida erklärte, er werde als Übergangsstaatsschef die „staatliche Kontinuität“ wahren und für einen „ruhigen demokratischen Übergang“ sorgen. Eine zuvor von Traoré abgegebene Erklärung, wonach dieser das Präsidentenamt übernehme, wies Zida als „unwirksam“ zurück.

Quelle: Deutschlandfunk vom 01.11.14



Isaac Zida: Oberst der Präsidentengarde gewinnt Machtkampf in Burkina Faso

Ein unbekannter Offizier übertrumpft den Armeechef: Isaac Zida ist der neue starke Mann in Burkina Faso. Der gestürzte Langzeitherrscher Compaoré hat das Land verlassen.



Oberst Isaac Zida soll die Übergangsregierung in Burkina Faso anführen. © Issouf Sanogo/AFP/Getty Images

Der Machtkampf in Burkina Faso nach dem Rücktritt des langjährigen Präsidenten Blaise Compaoré ist offenkundig entschieden: Die Armee des Landes hat sich hinter Oberst Isaac Zida als Führer einer Übergangsregierung gestellt. Die Armeeführung habe sich einstimmig für den bisherigen Vizechef der Präsidentengarde ausgesprochen, teilte der Generalstab mit. Unterzeichnet war die Erklärung auch von Militärchef Honoré Traoré, der zunächst das Amt des Staatschefs beansprucht hatte.

Oberst Zida hatte sich gegen Traoré gestellt. In einer Fernsehansprache sagte Zida, er wolle als Übergangsstaatsschef die staatliche Kontinuität wahren und für einen "ruhigen demokratischen Übergang" sorgen – in Zusammenarbeit mit den politischen Parteien und den Organisationen der Zivilgesellschaft. Derweil hat Compaoré das Land verlassen. Er sei in die benachbarte Elfenbeinküste geflohen, meldete der Sender Radio France International. Das Büro des Präsidenten der Elfenbeinküste teilte mit, sein Land habe Compaoré, dessen Familie und enge Vertraute aufgenommen.

Der Machtkampf um die Nachfolge war am Freitag ausgebrochen. Bereits am späten Abend hatte es Anzeichen dafür gegeben, dass der in der Bevölkerung wenig bekannte Oberst Zida nach der Macht greift. Er teilte mit, dass die Landesgrenzen geschlossen worden seien. Zudem sei ein Übergangskomitee gebildet und die Verfassung ausgesetzt worden. Nach Darstellung des Magazins *Jeuneafrique* konnte sich Zida durchsetzen, da seinem Rivalen Traoré eine zu große Nähe zu dem Langzeit-Machthaber Compaoré nachgesagt wird. Zida habe auch eine Bestimmung außer Kraft gesetzt, derzufolge im Falle einer Vakanz der

Parlamentspräsident die Macht im Staat übernehmen soll.

"Schwarzer Frühling" in Westafrika

Compaoré war am Freitag nach Protesten gegen eine geplante Verfassungsänderung zurückgetreten. Vor 27 Jahren hatte er mit einem Putsch die Macht in der früheren französischen Kolonie Obervolta erlangt.

Nach den Ausschreitungen und Massenprotesten gegen Compaoré blieb die Lage in der Hauptstadt Ouagadougou in der Nacht zum Samstag ruhig. Die Opposition hat ihre Proteste gegen Compaoré in Anlehnung an den "Arabischen Frühling" hoffnungsvoll als "Schwarzen Frühling" bezeichnet.

Die USA und die Europäische Union äußerten die Sorge vor einem gefährlichen Machtvakuum. Ein Sprecher der EU-Kommission sagte: "Wir rufen alle Akteure und alle lokalen politischen Kräfte auf, ihre Verantwortung zu übernehmen und die Regeln der Verfassung zu beachten." Dies gelte vor allem für die Organisation einer Übergangsregierung und die Durchführung demokratischer Wahlen.

Quelle: Die Zeit online vom 01.11.14



Neuer Staatschef in Burkina Faso Machtkampf beigelegt - was nun?

Der riskante Machtkampf in Burkina Faso scheint nach dem Putsch beigelegt: Die Armee des Landes stellt sich hinter Oberstleutnant Zida als Führer einer Übergangsregierung. Ist der Weg frei für einen friedlichen und demokratischen Übergang?

Sie haben es spannend gemacht, die Offiziere von Burkina Faso. Der Showdown war kurz und friedlich. Das hätte auch anders kommen können. Burkina Faso hielt den Atem an, denn es ging um nicht weniger als die Macht in einem Staat ohne Führung in der Stunde Null. Nach dem Rückzug von Präsident Compaoré, mittlerweile in das Nachbarland Elfenbeinküste geflohen, hatte sich am Freitag erst General Honoré Traoré zum neuen Staatschef erklärt. Traoré ist die Nummer eins der Armee. Dann wurde er herausgefordert von der Nummer zwei der Präsidentengarde, Issac Zida. Nun steht fest: Zida wird der neue starke Mann.

Friedlichen Übergang organisieren



Oberst Isaac Zida wird der Führer der Übergangsregierung in Burkina Faso.

Schwarz auf weiß steht das in einer Erklärung, die der unterlegenen Traoré unterschrieben hat. "Hiermit erkläre ich die Verfassung vom 2. Juni 1991 für ungültig", sagte Zida vor den demonstrierenden Massen in Ouagadougou. Er wolle einen Übergangsrat einsetzen, um gemeinsam mit der Zivilgesellschaft und den Parteien unseres Landes einen friedlichen Übergang zu einer neuen verfassungsmäßigen Ordnung zu organisieren.

Dass Traoré klein beigegeben hat, könnte am großen Druck gelgen haben. Traoré ist nicht sonderlich beliebt, denn er gilt als enger Vertrauter des geschassten Präsidenten Compaoré. Zida wird ein besserer Draht zur Bevölkerung nachgesagt. Das Streben der Jugend nach demokratischem Wandel werde "weder verraten, noch enttäuscht" werden, sagte Zida in einer Fernsehansprache, und die Menschen auf den Straßen jubeln.

Bittere Erfahrung mit Staatsstreichen

So weit, so gut, findet Adama Sosso, der Generalsekretär der Oppositionspartei UPC. Er hat schon oft große Versprechen der Militärs in Burkina Faso gehört. Schließlich hat das Land seit Jahrzehnten bittere Erfahrungen mit Staatsstreichen. Von 1966, als das Land noch

Obervolta hieß, bis heute haben sich fast ausschließlich Militärs an der Macht abgelöst und ließen sich dann in Wahlen bestätigen. Deswegen hat Sosso jetzt genug von Staatschefs in Uniform: "Das kann so nicht weitergehen, wir dürfen nicht die gleichen Fehler machen wie bisher. Die Armee hat unseren Aufstand gegen Compaoré unterstützt, die Militärs sind unsere Verbündeten. Aber ich fürchte, diesmal könnte es großes Chaos auslösen, wenn sie die Macht nicht schleunigst wieder abgeben".

Wie lange die Herrschaft des Militärs andauern wird und wann es Wahlen gibt, weiß momentan niemand. Von einer Frist von einem Jahr ist die Rede. Aber erst einmal muss Oberstleutnant Zida sich innerhalb der Armee durchsetzen - sonst könnte auf diesen Putsch der nächste folgen. Wie so oft in Burkina Faso. Das gute Zeichen des Tages: Die Landesgrenzen sind ab sofort wieder geöffnet.

Quelle: Alexander Göbel, ARD-Hörfunkstudio Nordwestafrika am 01.11.14



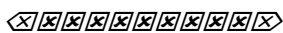
Aktivisten wollen keine Militärregierung

Nach dem Putsch in Burkina Faso wollen Opposition und Demokratieaktivisten keine Militärregierung akzeptieren.

Sie haben für morgen früh zu einer Massenkundgebung auf einem Platz in der Hauptstadt Ouagadougou aufgerufen, dem Schauplatz der früheren Massenproteste gegen Dauer-Präsident Blaise Compaoré. Das Militär hatte Compaoré gestern nach diesen Massenprotesten abgesetzt, Übergangspräsident ist jetzt der frühere Chef der Präsidiargarde, Isaac Zida.

Opposition und zivile Organisationen fordern aber, dass es einen demokratischen und zivilen Übergang gibt. Sie erklärten, der Sieg beim Aufstand gegen Compaoré gehöre dem Volk. Der gestürzte Präsident hat sich inzwischen in die Elfenbeinküste abgesetzt. Er hatte das westafrikanische Land seit einem Putsch vor 27 Jahren regiert und es dabei heruntergewirtschaftet. Burkina Faso belegt im Welt-Entwicklungsindex nur Platz 181 von 187, trotz reicher Goldvorkommen - an denen verdient aber vor allem die Elite.

Quelle: DRadio Wissen vom 01.11.14



Auswärtiges Amt zur aktuellen Lage in Burkina Faso

Erscheinungsdatum: 02.11.2014

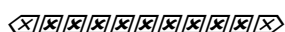
Zur aktuellen Lage in Burkina Faso erklärte heute eine Sprecherin des Auswärtigen Amtes:

Zusatzinformationen

Die Bundesregierung verurteilt die Übernahme der Staatsgewalt und die Außerkraftsetzung der verfassungsmäßigen Ordnung durch das Militär Burkina Fasos in aller Form. Das Militär muss die Macht unverzüglich an die verfassungsmäßigen Staatsorgane zurückgeben.

Alle Verantwortlichen sind aufgefordert, mit Besonnenheit zu agieren und ihrer politischen Verantwortung gerecht zu werden. Wir unterstützen die Afrikanische Union bei ihren Bemühungen um eine Überwindung der Krise und der schnellstmöglichen Rückkehr zu verfassungsmäßigen Verhältnissen.

Angesichts der aktuellen innenpolitischen Lage und der damit verbundenen Unübersichtlichkeit rät das Auswärtige Amt bis auf Weiteres von nicht zwingend notwendigen Reisen nach Burkina Faso, insbesondere in die Hauptstadt Ouagadougou, ab.



Burkina Faso Opposition ruft zum Protest gegen Militärputsch auf

Burkina Fasos Opposition und ausländische Politiker kritisieren die Machtergreifung des Militärs. Das Auswärtige Amt warnt vor Reisen nach Ouagadougou.



Oberst Isaac Yacouba Zida nach seiner Ernennung zum Staatschef durch das Militär © Theo Renaut / AP Photo / dpa

Die Opposition in Burkina Faso hat die Machtübernahme des Militärs kritisiert und die Zivilbevölkerung des westafrikanischen Staates zu einer Protestversammlung am heutigen Sonntag aufgerufen.

Die USA – ein Bündnispartner Burkina Fasos – schlossen sich der Kritik am Militärputsch an. Die US-Regierung rief das Militär auf, die Macht unverzüglich wieder an Zivilisten zu übertragen. Es sollten umgehend freie und faire Präsidentenwahlen abgehalten werden, forderte eine Sprecherin des US-Außenministeriums. "Die USA verurteilen den Versuch des burkinischen Militärs, den Menschen von Burkina Faso seinen Willen aufzuzwingen", sagte die Sprecherin.

Die Afrikanische Union forderte die politischen Akteure des Landes auf, zusammenzuarbeiten, um möglichst schnell freie Wahlen abhalten zu können.

Die EU-Kommission rief alle Akteure und alle lokalen politischen Kräfte auf, "ihre Verantwortung zu übernehmen und die Regeln der Verfassung zu beachten". Dies gelte vor allem für die Organisation einer Übergangsregierung und das Durchführen freier Wahlen, sagte ein Sprecher der Kommission.

Drei Staatschefs in 24 Stunden

Nach dem Rücktritt des umstrittenen Präsidenten Blaise Compaoré am Freitag hatten sich binnen 24 Stunden zwei verschiedene Militärs zum Staatsoberhaupt erklärt. Mittlerweile einigte sich die Militärführung auf den bisherigen Vize-Kommandeur der Präsidialgarde, Isaac Zida, als kommissarischen Staatschef. Der hatte am Samstag in einer Rundfunkansprache die Aussetzung der Verfassung und Wahlen innerhalb von drei Monaten angekündigt.

Armeechef Traoré hatte Zidas Ankündigungen zunächst als unwirksam bezeichnet und war erst nach einem Treffen mit dem in der Bevölkerung bis dahin wenig bekannten Oberst Zida zum Verzicht auf eigene Ansprüche bereit. Auch Traoré hatte zunächst selbst Anspruch auf die Staatsführung erhoben. Allerdings gab es in den Reihen der Opposition starken Widerstand gegen ihn, da Traoré als Gefolgsmann der alten Staatsführung gilt.

Der bisherige Präsident Compaoré war am Freitag nach Protesten gegen seine geplante Amtszeitverlängerung zurückgetreten. Compaoré war vor fast 30 Jahren mit einem Putsch in

der früheren französischen Kolonie Obervolta an die Macht gelangt. Er verließ Burkina Faso inzwischen und soll sich im Nachbarland Elfenbeinküste aufhalten.

Nach den Ausschreitungen und Massenprotesten gegen Compaoré blieb die Lage in Ouagadougou in der Nacht zum Samstag ruhig. Die Opposition hatte ihre Proteste gegen Compaoré in Anlehnung an den Arabischen Frühling hoffnungsvoll als "Schwarzen Frühling" gefeiert.

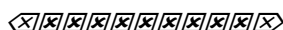
Das Auswärtige Amt warnt vor Reisen nach Burkina Faso

Die Bundesregierung hat eine Reisewarnung für Burkina Faso herausgegeben. Die Warnung gelte bis auf weiteres und besonders für die Hauptstadt Ouagadougou, teilte das Auswärtige Amt mit unter Verweis auf die unübersichtliche Lage im Land.

Eine Sprecherin des Amts sagte, die Bundesregierung verurteilte "in aller Form" die Übernahme der Staatsgewalt und die Außerkraftsetzung der verfassungsmäßigen Ordnung durch das Militär Burkina Fasos. Weiter erklärte eine Sprecherin des Auswärtigen Amts: "Das Militär muss die Macht unverzüglich an die verfassungsmäßigen Staatsorgane zurückgeben. Alle Verantwortlichen sind aufgefordert, mit Besonnenheit zu agieren und ihrer politischen Verantwortung gerecht zu werden."

Von den 17 Millionen Einwohnern in Burkina Faso lebt die Hälfte weiterhin unter der absoluten Armutsschwelle. Das Land ist fast ausschließlich auf die Landwirtschaft angewiesen. Jugendarbeitslosigkeit und Analphabetismus sind weit verbreitet. Im *Human Development Index 2013* rangiert das Binnenland weltweit auf Platz 181 von insgesamt 187 Ländern. Von dem in Statistiken ausgewiesenen Wirtschaftswachstum Burkina Fasos profitieren die wenigsten Menschen im Land.

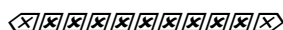
Quelle: Die Zeit online vom 02.11.14



Proteste gegen Machtübernahme durch das Militär in Burkina Faso

Ouagadougou (AFP) Nach der Machtübernahme durch das Militär in Burkina Faso sind am Sonntag tausende Menschen zur Sendezentrale des Staatsfernsehens in der Hauptstadt Ouagadougou marschiert, um eine Übergabe der Macht an eine zivile Regierung zu fordern. Die Demonstranten hatten sich seit dem Morgen auf dem zentralen Platz der Hauptstadt versammelt, auf dem auch die Proteste gegen den am Freitag zurückgetretenen Staatschef Blaise Compaoré stattgefunden hatten.

Quelle: Die Zeit online vom 02.11.14



Zorn der frustrierten Jugend

Indiz für einen "afrikanischen Frühling"? Der Ausgang des Umsturzes in Burkina Faso ist noch ungewiss - aber das dortige demokratische Selbstbewusstsein und die Überwindung von Obrigkeitsdenken sind beeindruckend.

Es war ein Aufstand mit Ansage. Dass das Volk von Burkina Faso sich früher oder später gegen seinen Präsidenten erheben würde, konnte erahnen, wer ein bisschen hinter die oberflächlichen Hurra-Meldungen blickte.

Die Hurra-Meldungen: Vom "Aufstieg" respektive "Boom" Afrikas schwärmen seit Jahren Wirtschaftsmagazine und Investmentberater, und dabei klammern sie sich stets vor allem an eine Zahl: das jährliche Wachstum des Bruttoinlandsprodukts. Auf dem Höhepunkt der Euphorie, 2012, etwa galt Burkina Faso als das Land mit dem sechstöchsten Wirtschaftswachstum weltweit. In derselben Tabelle stand übrigens Sierra Leone an der Weltspitze, mit 18,2 Prozent Wachstum - eines jener drei Länder, die derzeit auch wirtschaftlich vom Ebola-Virus verwüstet werden, weil sie praktisch kein Gesundheitssystem haben.



Prodemokratische Demonstranten in Ouagadougou (Foto: AP)

Burkina Faso Afrikanische Union stellt Militärjunta Ultimatum

In zwei Wochen soll das Militär in Burkina Faso die Macht an eine zivile Regierung abgeben. Das fordert die Afrikanische Union und droht mit Sanktionen. Tausende protestieren in dem westafrikanischen Land derzeit gegen den Putsch.

Burkina Faso, immerhin neun Prozent Wachstum, dazu internationales Renommee als Stabilitätsanker im aufgewühlten Westafrika: ein aufstrebendes, zuversichtliches Land? Wer ein bisschen tiefer in die Statistiken schaute, musste etwa auf diese Zahl stoßen: Platz 181 im Index für menschliche Entwicklung der Vereinten Nationen- der siebtletzte Rang weltweit. Auch im afrikaweiten Vergleich ist Burkina Faso ein sehr armes Land; viele Familien können sich nur dadurch ernähren, dass Angehörige in der benachbarten Elfenbeinküste arbeiten und von dort Geld nach Hause schicken. Vom Wirtschaftswachstum profitieren sehr wenige; die Erlöse etwa aus dem Export von Gold teilt die Elite.

Warnsignal für den Kontinent

Ein gängiges Argument lautet, man müsse "diesen Ländern mehr Zeit geben", um Armut zu beseitigen und gerechtere, demokratischere Strukturen zu schaffen. Doch im Fall von Burkina Faso prallt dieser Einwand an einer weiteren Zahl ab: der Zahl 27. So viele Jahre war Präsident Blaise Compaoré bereits im Amt, und seit Anfang dieses Jahres machte er keinen Hehl daraus, dass er erneut die Verfassung ändern will, um sich für eine weitere Amtszeit wählen zu lassen. Der Widerstand dagegen hat sich, etwa an den Universitäten, seit Monaten zusammengebraut. Am vergangenen Freitag nun hat sich der Volkszorn entladen; mehr als hunderttausend Demonstranten nötigten Compaoré zum Rücktritt. Doch dann übernahm das Militär die Macht, und die Proteste gehen weiter.

In Burkina Faso sind erneut tausende Menschen auf die Straße gegangen, um gegen die Machtergreifung des Militärs protestiert.

Es ist noch zu früh, um lauthals einen "afrikanischen Frühling" zu bejubeln - gerade weil die Ereignisse in Burkina Faso so viele Erinnerungen wecken an den Aufstand auf Kairo's Tahrir-Platz 2011: Dort mündete ein Volksaufstand, getrieben von Hunger, Zorn und dem Sehnen nach Würde und Teilhabe, in eine Militärdiktatur. Dennoch sendet der Sturz von Blaise Compaoré schon jetzt ein Warnsignal über den Kontinent. In mehreren anderen Ländern planen Langzeitherrscher derzeit ähnliche Spielchen mit der Verfassung, um ihre Zeit an der Macht noch weiter auszudehnen. In den Präsidentenpalästen von Kinshasa und Brazzaville, von Kampala und Kigali werden die Nachrichten aus Burkina Faso gewiss minutiös verfolgt.



Burkina Faso: Kochlöffel gegen den Präsidenten

Seit 27 Jahren ist Blaise Compaoré Staatschef von Burkina Faso. Mit einer Verfassungsänderung will er im Amt bleiben. Doch die Opposition hat genug - wütende Demonstranten vergleichen den Präsidenten mit Ebola.

Auf dem ganzen Kontinent wächst die Bevölkerung unaufhaltsam. Und eine schnell wachsende Bevölkerung ist eine im Durchschnitt sehr junge Bevölkerung. Vor dem Zorn einer frustrierten Jugend, das musste Blaise Compaoré nun erleben, schützt einen heutzutage auch kein noch so guter Draht nach Washington und Paris mehr. So offen der Ausgang des Umsturzes in Burkina Faso derzeit noch ist: Wer als Kriterium für einen Aufstieg Afrikas nicht nur nackte Wachstumszahlen betrachtet, sondern auch demokratisches Selbstbewusstsein und die Überwindung von Obrigkeitsdenken, der kann sich dem Hauch von Frühlingsluft, der in diesen Tagen aus Ouagadougou weht, schwer entziehen.

Quelle: Tobias Zick in Die Zeit online vom 03.11.14



Orientierungsloses Burkina Faso

Noch immer befindet sich das westafrikanische Land Burkina Faso im Ausnahmezustand. Das Land hat soeben eine Blitzrevolution erlebt. Die Bevölkerung hat innerhalb weniger Tage den Präsidenten Blaise Compaoré, der rund 27 Jahre an der Macht war, vom Thron gestoßen. Nun ist das Land quasi führerlos.

Offiziell hat Isaac Zida, Offizier in der burkinischen Armee, das Amt des Übergangspräsidenten übernommen. Die Bevölkerung und die politische Opposition protestieren jedoch gegen diesen Militärputsch. Sie fühlen sich ihrer Revolution beraubt, fordern, dass die Macht einem zivilen Politiker zugesprochen wird.

Seit Wochen ist die Lage in Burkina Faso unstabil. Begonnen haben die Unruhen am 21. Oktober, als Langzeit Präsident Blaise Compaoré eine Verfassungsänderung ankündigte. Diese sollte ihm eine weitere Amtszeit ermöglichen. Das wollte das Volk nicht akzeptieren, da Compaoré bereits seit 27 Jahren an der Macht ist. Angetrieben von Armut und Überdruß, gingen tausende Burkiner in der Hauptstadt Ouagadougou auf die Straße.

Vom „Tag des zivilen Ungehorsams“ zur Revolution

Erste große Bewährungsprobe für die Regierung war der 28. Oktober, dem „Tag des zivilen Ungehorsams“, zu dem die Opposition aufgerufen hatte. Hunderttausende nahmen an den Demonstrationen teil, die relativ friedlich blieben. Die Bewegung radikalisierte sich am 30. Oktober. An dem Tag sollte im Parlament über die Verfassungsänderung abgestimmt werden. Schon am Vormittag hatten Demonstranten die Sicherheitsabsperungen rund um das Parlament durchbrochen, das Gebäude in Brand gesteckt und verwüstet. Selbiges geschah mit mehreren Wohnhäusern von Abgeordneten und dem Sendebauwerk des nationalen Fernsehsenders. Die Proteste griffen schnell auf andere Städte über, unter anderem auf die zweitgrößte Stadt des Landes, Bobo Dioulasso. Beim Marsch auf das

Wohnhaus des Bruders des Präsidenten und dem Präsidentenpalasts schossen Sicherheitsbeamten auf die Demonstranten.

30 Menschen sterben bei den Protesten.

Die offizielle Bilanz liegt bei 30 Toten und etwa 100 Verletzten. Lange war unklar, wie Blaise Compaoré reagieren würde. Er hielt den ganzen Tag an der Macht fest. Am Abend kündigte er in einer Fernsehansprache an, dass er die Verfassungsänderung zurückzieht und die Regierung auflöst, jedoch an der Macht bleiben möchte.

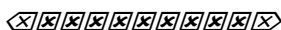
Am nächsten Tag, dem 31. Oktober 2014, ging das Volk wieder auf die Straße. Seine einzige Forderung: den Rücktritt von Blaise Compaoré. Am Nachmittag ist das Ziel erreicht, der Präsident legt nach 27 Jahren sein Amt nieder.

Die geraubte Revolution

Nun stellt sich die Frage, wer sein Nachfolger wird. Ziemlich zügig hat die Armee das Zepter übernommen. Sie verkündete in der Nacht auf Samstag, dass der Offizier Isaac Zida das Amt des Übergangspräsidenten bekleiden wird. Diese Entscheidung wurde von der Opposition nicht geduldet. Der Oppositionsführer Zéphirin Diabré hat sich darüber beschwert, dass er und seine Mitstreiter nicht in die Verhandlungen mit eingebunden waren, deshalb rief er die Bevölkerung zu einem weiteren Aufmarsch am Sonntag, den 2. November, auf.

Das Volk reagiert und füllte schon am Sonntagmorgen den Place de la Nation im Zentrum von Ouagadougou. Denn das Volk will seine Revolution zurück und fühlt sich vom Militär hintergangen. Binnen 15 Minuten erklären sich zwei Politiker zum Übergangspräsidenten: General Kouamé Lougué und Saran Sérémé, Vorsitzende einer Oppositionspartei. Beide verschwinden schnell von der öffentlichen Bühne, bevor sie sich überhaupt äußern können. Dahinter wird die burkinische Armee vermutet. Es folgten wieder Verhandlungen, unter anderem mit dem amerikanischen Botschafter. Aktuell ist noch immer Isaac Zida Übergangspräsident. Doch das kann sich in Burkina Faso schnell ändern.

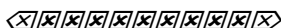
Quelle: Lea Rauch in arte.tv vom 03.11.14



Außerdem:

Ein kleiner Film

<http://www.zeit.de/video/2014-11/3871170258001/burkina-faso-proteste-nach-machtuebernahme-des-militaers#autoplay>



Impressum: Deutsch-Burkinische Freundschaftsgesellschaft e.V. www.dbfg.de

Vorsitzender: Christoph Straub, Kallmorgenstr. 8, 76229 Karlsruhe